

Mehr Geld für Naturschutz

Der Kantonsrat stockt die Mittel von aktuell 18 bis 30 Millionen auf jährlich 40 bis 80 Millionen Franken auf.

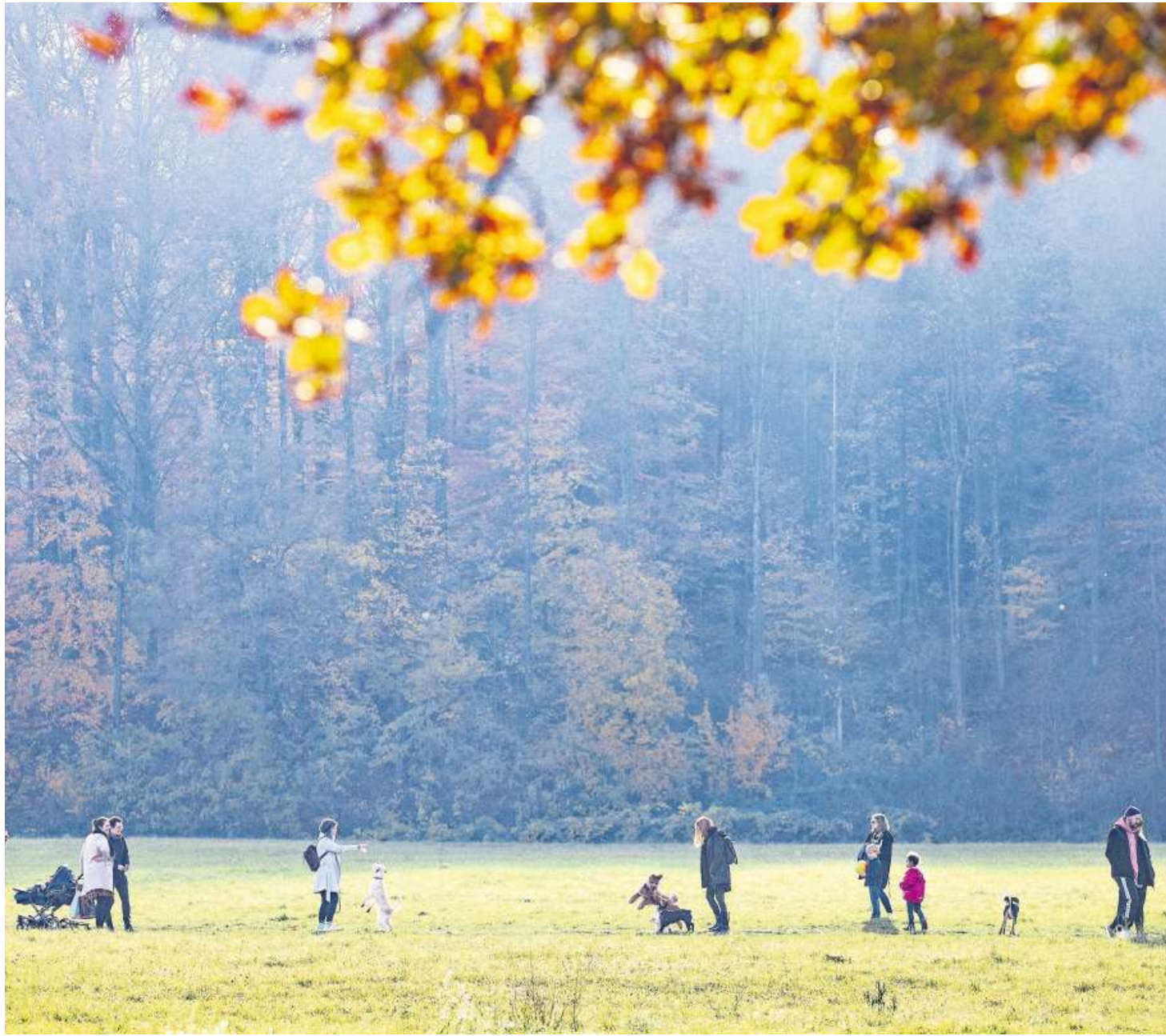
Matthias Scharrer

Der Kanton Zürich soll mehr Geld in Naturschutz investieren. Dafür hat sich gestern der Kantonsrat ausgesprochen. Statt aktuell maximal 30 Millionen fliessen demnach neu bis zu 80 Millionen Franken pro Jahr in den Natur- und Heimatschutzfonds. Das Parlament heisst damit den Gegenvorschlag zur von Umweltverbänden lancierten Natur-Initiative gut. Diese wollen ihre Initiative nun zurückziehen – ausser, es würde ein Referendum ergriffen, so Kathrin Jaag, Co-Geschäftsführerin von Bird Life Zürich.

Doch der Weg für den Gegenvorschlag scheint frei zu sein: Die SVP lehnt ihn zwar ab, weil sie fürchtet, dass Bauern bei Naturschutzmassnahmen zu wenig einbezogen würden. Sie wolle aber nicht das Referendum ergreifen, sagte ihr Sprecher Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg).

Von der FDP bis zu den Grünen herrschte Einigkeit: Der Kanton Zürich müsse mehr für den Erhalt der Biodiversität tun. «Wenn es den kleinen Lebewesen an den Kragen geht, wird das gleiche Schicksal früher oder später uns Menschen erlangen», sagte Stephan Weber (FDP, Wetzikon). David Galeuchet (Grüne, Bülach) erinnerte daran, dass Bienen auch landwirtschaftliche Pflanzen bestäuben. Es dürfe nicht dazu kommen, dass wie teils in China Menschen diese Aufgabe übernehmen müssen.

Viele Pflanzen- und Tierarten sind in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen, wie mehrere Redner erwähnten. Dagegen gelte es, verstärkt anzukämpfen. Der Erhalt der Biodiversität könne auch vor Zoonosen schützen, also vor Krankheitsübertragung von Tieren auf Menschen, wie sie mit dem Coronavirus geschah, betonte Jonas Erni (SP, Wädenswil). Auch Baudirektor Martin Neukom (Grüne) nahm auf die Coronapandemie Bezug: Diese werde hoffentlich im Frühling zu Ende gehen. Der Verlust der Biodiver-



Natur als Lebensgrundlage: Das Engagement des Kantons Zürich dafür soll verstärkt werden.

Bild: Keystone (Zürich, 8. November 2020)

sität wäre hingegen nicht mehr rückgängig zu machen.

Der jährliche Beitrag kann variieren

Die 50 Millionen Franken, die der Gegenvorschlag zur Natur-Initiative pro Jahr durchschnittlich kosten dürfte, seien zwar viel Geld. «Aber die Natur ist unsere Lebensgrundlage. Diese 50 Millionen sollte sie uns wert sein», so Regierungsrat Neukom weiter. Angesichts eines Kantonsbudgets von 16 Milliarden Franken pro Jahr sei der Betrag nicht zu hoch ange-

setzt, meinte Initiantin Jaag. Gemäss bisherigem Recht erhält der kantonale Natur- und Heimatschutzfonds jährlich 18 bis 30 Millionen Franken. Die Mittel sollen mit der nun geplanten Änderung schrittweise aufgestockt werden: Im ersten Jahr wären es 30 Millionen, im zweiten 34 Millionen, im dritten 40 Millionen Franken. Danach reicht die Spannweite der jährlichen Einlagen von 40 bis 80 Millionen Franken – je nachdem, wie viel Geld im Fonds mindestens 30 Millionen ent-

halten muss und maximal 100 Millionen Franken enthalten darf. Dies soll sicher stellen, dass genug vorhanden ist, aber kein Geld gehortet wird. Mit der Gesetzesänderung legt der Kantonsrat zudem fest, dass jährlich fünf Millionen Franken für Gewässerrenaturierungen zu verwenden sind.

Mit dem Aufstocken des Fonds ist es aber nicht getan für die Verwendung der Mittel bräuchte es in den zuständigen kantonalen Ämtern auch mehr Personal, sagte Neukom. Die Kosten dafür kämen noch hinzu.

Neukom geht von einer Vollzeitstelle pro 2-Millionen-Projekt aus.

Die Schlussabstimmung im Kantonsrat findet voraussichtlich in zwei Wochen statt. «Ziel ist nicht mehr Geld und Personal für den Naturschutz, sondern eine funktionierende ökologische Infrastruktur», sagte Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon). Als Geschäftsleiter von Pro Natura Zürich zählt er zu den Vätern der Natur-Initiative, die jährlich 55 Millionen Franken für den Naturschutz fordert.

Der Streit um kirchliches Engagement geht weiter

Was hat uns die Kirche politisch zu sagen? Die Meinungen darüber gehen im Kantonsrat auseinander.

Der Abstimmungskampf zur am Sonntag knapp gescheiterten Konzernverantwortungsinitiative sorgte gestern im Zürcher Kantonsrat für Diskussionen. Gelegenheit bot die Abnahme der landeskirchlichen Jahresberichte. «Die Kirchen müssen ihre politische Neutralität wahren», sagte Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon). Dies sei zuletzt nicht der Fall gewesen, weshalb aus ihrem Umfeld viele Leute aus der Kirche ausgetreten seien, so die Freisinnige von der Goldküste. Mehrere Vertreter der Ratsrechten doppelten nach. «Es ist äusserst ungeschickt, wenn die Kirchen sich

politisch äussern», sagte Rochus Burtscher (SVP, Dietikon). «Besonders, wenn sie Wasser predigen und Wein trinken.» Er forderte die Landeskirchen auf, Geld, das sie von Konzernen erhielten, zurückzugeben und selber Steuern einzutreiben. Hans Egli (EDU, Steinmaur) hielt fest: «Das politische Engagement der Kirche in der Konzernverantwortungsinitiative war falsch und schadet der Kirche.» Die Folgen werde man bei der Mitgliederzahlen der Kirchen im nächsten Jahresbericht sehen.

Der reformierte Kirchenratspräsident Michel Müller hielt dagegen: «Wer die Kirche

zum Schweigen bringen will, stösst bei mir auf taube Ohren.» Allerdings sei die Diskussion um politisches Engagement der Kirchen bereits zu Zwingli's Zeiten vor 500 Jahren aktuell gewesen. Es sei keine Heuchelei, wenn die Kirche sich zu Wirtschaftsfragen äussere: «Den Wertbeitrag der Kirchen braucht auch die Wirtschaft», so Müller.

Kirchengemeinden können selber entscheiden

In Bezug auf den jüngsten Abstimmungskampf betonte der Kirchenratspräsident: «Die landeskirchlichen Körperschaften haben kein Geld für eine Kam-

pagne eingesetzt.» Doch es seien die üblichen jährlichen Beiträge an kirchliche Hilfswerke geflossen, die sich im Abstimmungskampf engagierten. Und: Wenn an einer Kirchgemeindeversammlung ein Antrag gestellt und gutgeheissen werde, eine Initiative zu unterstützen, könne er das als Kirchenratspräsident nicht verbieten. Genauere Fakten dazu würden im kommenden Jahr vorliegen. Auch das Bundesgericht werde sich noch mit dem Thema befassen.

Lorenz Schmid (CVP, Männedorf) gab Müller recht: Über die Zeichen, die Kirchengemeinden gesetzt hätten, sei demokra-

tisch entschieden worden. Und: Kirchenvertreter hätten sich nicht als Kirchenvertreter, sondern als Vertreter kirchlicher Hilfswerke exponiert. Auch Wilma Willi (Grüne, Stadel) hatte nichts gegen das politische Engagement der Kirchen: «Es ist gut, wenn die Kirche ihre Meinung sagt.» Sich für Werte wie Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen, sei wichtig für die Kirche. Die Jahresberichte der Landeskirchen segnete der Kantonsrat mit 154 zu 4 Stimmen ab.

Matthias Scharrer

Kantonsrat will auch Videogames fördern

Kantonsrat Der Kanton Zürich soll künftig nicht mehr nur Filme, sondern auch die Entwicklung von Videogames und weiteren neuen Formaten unterstützen. Der Kantonsrat hat am Montag einem entsprechenden Vorstoss zugestimmt. Der Zürcher Regierungsrat muss innert zwei Jahren einen Vorschlag ausarbeiten, wie Filme und «neue audiovisuelle Formate» künftig gefördert werden sollen. Ein Postulat der Kommission für Bildung und Kultur des Kantonsrats mit dieser Forderung hat am Montag mit 102 zu 64 Stimmen eine deutliche Mehrheit erhalten. Die SVP, die das Postulat ablehnte, stellte sich nicht gegen die Förderung der neuen Medien, sondern wollte bei den «alten», also dem Film, gerne etwas kürzen. «Die Stimmberechtigten haben die Film-Initiative vor zwei Jahren mit rund 80 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt», sagte Rochus Burtscher (SVP, Dietikon). «Die Filmbranche erhält sicher nicht zu viel, im Vergleich zum Ausland sogar zu wenig», erwiderte Monika Wicki (SP, Zürich). Der Regierungsrat erklärte sich bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Im Rahmen der Bearbeitung des Postulats kann laut der zuständigen Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) geklärt werden, mit welchem Vorgehen und in welchem Umfang die Förderung erfolgen soll. In Frage kommen unter anderem eine Förderung über die Zürcher Filmstiftung, an die der Kanton einen jährlichen Beitrag bezahlt oder über die kantonale Fachstelle Kultur. Bislang wurden die Beiträge an die Filmstiftung aus dem Lotteriefonds bezahlt. Die entsprechende Regelung läuft Ende 2021 aus. (sda)

Beratungsstelle zieht in Circle

Gesundheit Der Verein Lunge Zürich, der sich für lungenkranke Menschen einsetzt, eröffnet heute seinen neuen Hauptsitz inklusive neuer Beratungsstelle im Circle am Flughafen Zürich. Die Zahl der betreuten Patientinnen und Patienten sowie der Mitarbeitenden von Lunge Zürich habe in den letzten Jahren zugenommen. Das habe zu Platzproblemen geführt, weswegen der neue Hauptsitz am Flughafen Zürich eröffnet werde, teilte Lunge Zürich am Montag mit. (sda)

Polizei verhaftet Koks-Schmuggler

Kriminalität Die Kantonspolizei hat am Sonntag am Flughafen Zürich einen Mann verhaftet, der über neun Kilo Kokain im Gepäck hatte. Der 66-jährige Spanier reiste aus der Dominikanischen Republik nach Zürich. Er führte die Drogen in Form von Kokainblöcken in seiner Reisetasche mit, wie die Kantonspolizei mitteilt. (sda)